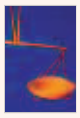
05/08

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

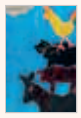
SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Gewoba
Soziale Verantwortung
Seite 2



Jugendgewalt
Verfahren beschleunigt
Seite 2

Gute Arbeit
Minister Olaf Scholz in Bremen
Seite 3



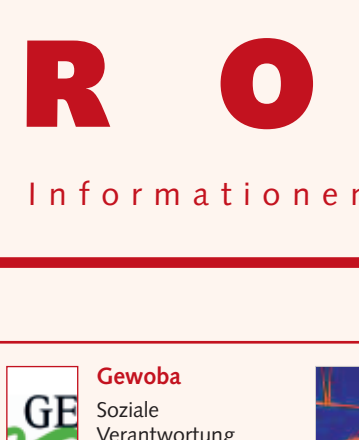
Perspektive Kita
Betreuung weiter ausbauen
Seite 3

Lärmschutz
Fachtagung der Fraktion
Seite 4

Primat der Politik durchsetzen

Finanzmärkte brauchen Regulierung

Die aktuelle Bankenkrise hat schwerwiegende Strukturprobleme des internationalen Finanzmarktes offen gelegt. *„Gefordert ist nun ein entschiedenes staatliches Handeln, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Krise muss eingedämmt werden, vor allem auch um Wachstums- und Wohlstandsverluste für die Menschen zu vermeiden“*, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Carsten Sieling. Bremen leistet deshalb trotz der Haushaltsnotlage seinen Beitrag an der einzigartigen Hilfsaktion der Bundesregierung, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und das Vertrauen in die Volkswirtschaft wieder herzustellen. *„So etwas darf sich aber nicht wiederholen. Wir müssen aus der Krise die richtigen Lehren ziehen. Die Wichtigste lautet: Die Finanzmärkte brauchen klare Regeln und das Primat der Politik muss durchgesetzt werden, um wieder beherrschbare Finanzmärkte zu etablieren.“*



Dr. Carsten Sieling, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Grafik: S. Skiba

Steueroasen austrocknen

Dafür ist es unabdingbar, mehr Transparenz zu schaffen. Strengere Bilanzierungspflichten für die Finanzinstitute sind notwendig. *„Risiken müssen klarer ausgewiesen werden. Mit den sog. »Leerverkäufen«, also den wilden Spekulationen auf fallende Aktienkurse muss Schluss sein. Das muss auf internationaler Ebene verboten werden. Und was die Anreiz- und Vergütungssysteme von Managern anbelangt: Auch die müssen angepasst werden. Wer von Gewinnen profitieren will, der darf sich im Falle etwaiger Verluste nicht in die Büsche schlagen können. Das Prinzip »Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren« ist völlig inakzeptabel“*, so Sieling. Darüber hinaus müssten alle Anstrengungen unternommen werden, um Steueroasen auszutrocknen: *„Es ist überhaupt nicht zu vermitteln, dass wohlhabende Teile der Gesellschaft ihr Geld steuerfrei in Liechtenstein oder sonst wo anlegen können und Normalverdienende die Suppe auslöffeln und für das Versagen der Finanzindustrie gerade stehen müssen.“*

Verbraucherschutz stärken

Das Desaster am Finanzmarkt macht deutlich, wie wichtig seriöses Wirtschaften im Sinne der Kunden und der Verantwortung für die Gesellschaft ist. Das zeigt sich allein am aktuellen Zulauf, den regionale Geldinstitute wie Volksbanken oder Sparkassen erleben. Letztere galten noch vor kurzem als rückständiges Auslaufmodell - nicht mehr zeitgemäß in Zeiten globalisierter Märkte. *„Doch jetzt gewinnt die Sparkasse wieder an Gewicht und in Bremen auch die Landesbank. Beide stehen für ein seriöses, nachhaltiges Wirtschaften, das auch das Allgemeinwohl nicht aus dem Blick verliert.“* Die Bankenkrise führt zudem noch einmal vor Augen, wie wichtig ein funktionierender Verbraucherschutz und eine kompetente Finanzberatung ist. *„Um das Vertrauen der Menschen in die Finanzbranche wiederzugewinnen, kommt der unabhängigen Verbraucherberatung eine besondere Bedeutung zu. Mit den Verbraucherzentralen verfügen wir in Deutschland über Einrichtungen, deren Beratungskompetenz gerade in den letzten Wochen stark nachgefragt wurde und die es deshalb weiter zu stärken gilt“*, so Sieling.

SPD Parlaments ticker
Landtag
Stadtbürgerschaft

+++ Wer sich schnell über die wichtigsten Themen und Debatten aus dem Parlament informieren möchte, dem bietet die Fraktion jetzt einen besonderen Service. Der neue Informationsdienst wird dienstags nach der Stadtbürgerschaft und donnerstags nach Abschluss der Landtagssitzungen per Mail verschickt.
Der SPD-Parlamentsticker steht allen politisch Interessierten zur Verfügung und kann per Mail unter **spd-fraktion@spd-bremen.de** bestellt werden. Darüber hinaus ist er auf der Internetseite **www.spdfraktion-bremen.de** als Dokument abrufbar. +++

Dr. Volker Riebel, Vorstandsvorsitzender der Gewoba

„Hohe soziale Verantwortung“

Gewoba: Nachhaltig wirtschaften als verlässlicher Partner der Mieter

Ökonomie und Soziales sind für ihn die zwei Seiten einer Medaille. Dr. Volker Riebel, Vorstandsvorsitzender der Gewoba, erläutert im Interview, wie Wohnungsbaugesellschaften in kommunaler Hand Sinn machen und zugleich Rendite bringen.

Jeder fünfte Bürger in Bremen und Bremerhaven lebt in Ihren Wohnungen. Was heißt das für das Selbstverständnis der Gewoba?

Das ist bundesweit einmalig. Alle gesellschaftlichen Entwicklungen bilden sich auch bei der Gewoba ab. Wir wollen diese Prozesse zum Wohle der Städte steuern.

Welche Ziele verfolgen Sie?

Drei Dinge sind für uns von zentraler Bedeutung. Der wirtschaftliche Erfolg, die hohe soziale Verantwortung und die Ökologie.

Wirtschaftlicher Erfolg heißt?

Es gibt wenige kommunale Wohnungsunternehmen unserer Branche in Deutschland, die solche Dividenden zahlen wie die Gewoba. Wir sind kerngesund und leisten unseren Beitrag zum Bremischen Haushalt.

Was verstehen Sie unter sozialer Verantwortung?

Das hat mehrere Facetten. Zunächst heißt es, dass wir in allen Quartieren sehr gut vernetzt sind mit Schulen, sozialen Einrichtungen, Vereinen oder Verbänden. Auf dieser Basis fördern wir Projekte, die unseren Mietern in den Quartieren zugute kommen und Lebensqualität vor Ort verbessern. Oft geben wir eine Anschubfinanzierung oder beteiligen uns an den Kosten, wie beim Projekt »Conciergen«. Hier arbeiten wir mit dem Förderwerk in Bremen und dem Betreuungs- und Erholungswerk in Bremerhaven zusammen. So finden Langzeitarbeitslose wieder Beschäftigung. Sie sind zusätzliche Ansprechpartner für die Sorgen und Nöte der Mieter.

Projekt Wohnen im Alter: Hilfe für selbstbestimmtes Leben. Fotos (2) Gewoba

Können Sie eine weitere Facette nennen?

Wir sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für hiesige Betriebe, vor allem im Handwerk. Allein für Instandhaltung und Modernisierung geben wir 70 Millionen Euro pro Jahr aus. Und aus Prinzip gehen die Aufträge überwiegend an heimische Betriebe. Die wirtschaftlichen Effekte, die sich daraus ergeben, machen in der Regel das Vierfache der ursprünglichen Summe aus. Und die Betriebe erwirtschaften Gewinne und zahlen Steuern vor Ort. Auch das verstehen wir unter sozialer Verantwortung.

Das sähe bei einem Verkauf anders aus?

Sicher. Ein Investor fragt sich, wie er das refinanzieren kann. Mieten erhöhen, geht nicht so einfach, die Personalstruktur ist bereits schlank. Also kürzt er als erstes die Investitionen. Zeitverzögert wirkt sich das dann auf die Wohnqualität in den Quartieren aus.

Was tun Sie in Sachen Ökologie?

Wir investieren stark in die energetische Gebäudesanierung. 3.000 Tonnen CO^2 sparen wir jährlich ein. Konkret: Es ist dieselbe Menge, als wenn ein Auto 20 Millionen Kilometer fährt.

Wohnen im Alter ist ein brennendes Thema angesichts des demografischen Wandels. Was plant hier die Gewoba?

25 Prozent unserer Mieter sind bereits heute über 70 Jahre alt. Wir versprechen Ihnen, dass sie in Ihren Wohnungen selbstbestimmt alt werden können. Dafür entwickeln wir gerade ein bundesweit einmaliges Projekt, das Wohnberatung und in Kooperation mit Pflegediensten haushaltsnahe Dienstleistungen beinhaltet. Dazu zählt putzen, einkaufen, kochen oder die Gardine aufhängen ebenso, wie Hausnotruf oder Fahrdienst. Der soll auch für Aktivitäten in der Freizeit zur Verfügung stehen. Und die Mitarbeiter rufen die Senioren mindestens einmal die Woche an, um in Kontakt zu bleiben. Wir koordinieren die Pflegedienste und überwachen die Einhaltung der Qualitätsstandards.

Warum investieren sie in diesem Bereich?

Wir wollen diese treuen Stammmieter langfristig binden und neue dazu gewinnen. Beides geht nur über besten Service, denn Wohnungen vermieten kann jeder. Das ist die finanzielle Seite. Die soziale Seite ist, das wir so verhindern, dass Menschen ins Heim müssen, die das gar nicht wollen. Und das kommt dann auch wieder der Stadt zugute. Denn viele unserer Mieter könnten einen Heimaufenthalt gar nicht allein finanzieren und wären auf Sozialhilfe angewiesen. Da schließt sich wieder der Kreis. Private Wohnungsgesellschaften interessiert das wenig. Wir als Gewoba verbinden hingegen Ökonomie und soziale Verantwortung.

Björn Tschöpe, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Reaktion auf Jugendstraftaten beschleunigt

Jugendliche Intensivtäter bekommen jetzt schneller die Folgen ihrer kriminellen Handlungen zu spüren. Dieser wichtige Baustein im Senatskonzept »Stopp der Jugendgewalt« wird in ersten Schritten umgesetzt. *„Wir haben für dieses und das nächste Jahr 350.000 Euro an zusätzlichen Mitteln bereit gestellt, um die Verfahren an Jugendgerichten zu beschleunigen“*, sagt der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Björn Tschöpe. Zudem stehe die Arbeit an der Erstellung einer Intensivtäterliste kurz vor dem Abschluss. Diese ermöglicht eine stärkere Konzentration der Ermittlungen. *„Wenn auf den Akten ein solcher Vermerk steht, wird der Fall künftig bevorzugt bearbeitet“*, erläutert Tschöpe. Ein weiterer Schritt sind die sogenannten Fallkonferenzen, die aktuell in der Polizeiinspektion Süd erprobt werden. Hier sitzen die Polizisten gemeinsam mit Vertretern des Amtes für soziale Dienste, den Schulen und anderen Institutionen im Stadtteil zusammen, um das Vorgehen bei jugendlichen Intensivtätern abzustimmen. *„Da werden dann auch Chancen ausgelotet, wie Einzelne wieder ins bürgerliche Leben zu integrieren sind, etwa durch das Angebot einer Lehrstelle oder andere unterstützende Angebote“*, erläutert Tschöpe. *„Die Fallkonferenzen haben sich bewährt und wir sollten sie flächendeckend einführen.“*

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Eine Krisenspirale verhindern

Bundesminister Olaf Scholz diskutiert mit 200 Betriebs- und Personalräten

Dr. Carsten Sieling begrüßt den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, Foto: Fraktion

„Gerade angesichts der aktuellen Finanzkrise und der konjunkturellen Aussichten ist es wichtig, dass Sozialdemokratie und Arbeitnehmerschaft zusammenstehen“, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Carsten Sieling zum Auftakt der 1. Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD im Haus der Bürgerschaft am 29. Oktober. *„Was sich gegen das Ausbreiten der Finanzmarktkrise auf dem Arbeitsmarkt tun lässt.“* Diese Frage stand dann auch im Zentrum der Rede von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz. Der Arbeitsmarkt sei dank vieler Reformen zwar wetterfester geworden, doch der Stresstest komme erst jetzt, erläuterte der Minister. *„Wie können wir das hinbekommen, dass auch bei null Wachstum keine Krisenspirale mit Entlassungen entsteht?“*

Arbeitsvermittlung verbessern

Dem Abbau von Sozialrechten erteilte Scholz eine klare Absage. *„Wir brauchen einen hochmobilen, effizienten Arbeitsmarkt und der lässt sich gut mit sozialer Marktwirtschaft vereinbaren.“* Die Unternehmen forderte der Minister auf: *„Haltet an euren Leuten fest.“* Konkret schlug er vor, den Bezug von Kurzarbeitergeld zeitlich auszuweiten. Und in der Arbeitsvermittlung gehe es darum, die eigentliche Vermittlung in den Mittelpunkt zu stellen. Das Ziel: 50 Prozent der zeitlichen Ressourcen für diese Kernaufgabe.

Chancen schaffen durch Qualifizierung

Qualifizierung war das zweite zentrale Thema der Rede. *„Heute wird entschieden, wie die Situation 2015 aussieht“*, so der Minister. Entweder gebe es dann genügend Fachkräfte und kaum Arbeitslose oder viele gering Qualifizierte und Arbeitslose. Heute machen acht Prozent der Schüler keinen Abschluss; 500.000 Arbeitslose sind ohne Schulabschluss, fast alle sind langzeitarbeitslos. *„Es muss einen Anspruch geben, dass der Hauptschulabschluss gefördert wird“*, sagte Scholz. Wer sich Mühe gebe, müsse sein Leben verbessern können. *„Es darf keine unüberwindlichen Hürden geben. Niemand darf am Wegesrand zurückgelassen werden“*, so Scholz. Das gelte auch für die Berufsausbildung, die wichtigste Ausbildung überhaupt in Deutschland. Denn: Die Hälfte der Arbeitslosen ist ohne Berufsabschluss. *„Wir haben jetzt schon die Zahl der Ausbildungsplätze auf 640.000 pro Jahr erhöht. Doch wir brauchen 700.000, damit jeder eine Chance erhält.“* Deshalb gebe es jetzt einen Ausbildungsbonus für Bewerber, die schon seit Jahren einen Platz suchten. *„Wir wollen, dass die Unternehmen sich für Leute interessieren, die sie sonst nicht anschauen würden“*, sagte Scholz. Und wenn sie das täten, machten die Unternehmen in 80 Prozent der Fälle auch gute Erfahrungen.

Engagierte Diskussion: Die 1. Betriebs- und Personalrätekonferenz erfreute sich großer Resonanz, Foto: Fraktion

Mindestlohn für gute Arbeit

Wer einen Job habe, erklärte Scholz, der wolle seine Arbeit gut machen und dafür ernst genommen werden. Und das gehe nicht, wenn das Einkommen nicht zum Leben reiche. Weil dies ein Skandal sei, gebe es eine so breite Unterstützung für den Mindestlohn. Und Scholz zeigte sich abschließend optimistisch, dass sich weitere Branchen, vor allem die Zeitarbeit, dem Entsendegesetz anschließen.

Kita-Betreuung weiter ausbauen

Gute Diskussionen und viele Anregungen gab es auf der Veranstaltungsreihe »Besser für alle Kinder« zum Ausbau der Kinderbetreuung in Bremen. *„Die Beteiligten sind mit den ersten Schritten sehr zufrieden und wünschen, dass wir den eingeschlagenen Weg weitergehen“*, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Karin Garling. Im Mittelpunkt des Interesse standen der Ausbau der Sprachförderung, die weitere Verbesserung der Kooperation mit den Grundschulen, gerade im Hinblick auf eine Vereinheitlichung von Lernentwicklungsberichten, und die bessere personelle Ausstattung von Schwerpunkt-Kitas in sozial benachteiligten Stadtteilen. Auch die praktische Umsetzung der Ausbaumaßnahmen, wie z.B. das Ferienangebot für alle Kinder wurde theamtisiert. *„Das muss noch besser organisiert werden. Es gilt auch die Personalstunden für Reinigung und Küche aufzustocken“*, sagt Garling. Intensiv diskutiert wurde auch die Perspektive der Kitas im Hinblick darauf, dass Eltern ab 2013 für Kinder ab einem Jahr Anspruch auf einen Platz haben. *„Klar ist, dass dies hohe Anforderungen an den Ausbau stellt und auch die Ausbildung der Erzieherinnen sich verändern muss“*, erklärt die SPD-Politikerin.

Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Lärmbelastung ernst nehmen

150 Gäste auf der SPD-Fachtagung mit Experten

„Lärm hat Einfluss auf den menschlichen Kreislauf“, erklärte der Kardiologe Prof. Dr. Martin Kaltenbach auf der Fachtagung zum Thema *„Gesundheitliche und soziale Folgen von Umgebungslärm“*, zu der die SPD-Fraktion am Montag, 27. Oktober ins Haus der Bürgerschaft geladen hatte. Als weitere Experten waren der Sozialmediziner Prof. Dr. Eberhard Greiser, die Wohn- und Mobilitätsforscherin Dr. Antje Flade sowie der Akustiker Dr. Christian Maschke angereist. Mit etwa 150 Gästen erörterten sie Erkenntnisse über Lärmwirkungen bei Kindern, soziale Auswirkungen von Verkehrslärm sowie Zusammenhänge zwischen Lärm und dem Auftreten von Krankheiten.

Einig war man sich darüber, dass Lärm gesundheitsschädliche Folgen mit sich bringt. Allen voran stünden Bluthochdruckerkrankungen, deren Häufigkeit durch Nachtlärm ansteige, so Kaltenbach. *„Die Konsequenzen beim Thema Rauchen haben lange auf sich warten lassen – wie lange brauchen sie beim Lärm?“*, fragte Kaltenbach unter Beifall der Gäste. Eine Bewertung, in der Kinder in das Zentrum des Tagungsinteresses rückten, unternahm Dr. Christian Maschke. *„Kinder sind empfindlicher gegenüber Umwelteinflüssen und ihre Bewältigungsstrategien nicht vollständig entwickelt.“* Für Maschke ist klar, dass diese Belastungen im Kindesalter später zu krankhaftem Bluthochdruck führen. Kinder würden zudem durch Lärm besonders beeinträchtigt. So sei Fluglärm an Schulen linear mit einem verminderten Leseverständnis verbunden. Die Lerneinbuße treffe dabei oft lernschwache Kinder, so der Akustiker. Dr. Antje Flade forderte Kompensationsangebote durch lärmberuhigte Freiräume. Damit könne die Minderung des psychischen Wohlbefindens gebremst werden. *„Lärm kann offensichtlich in die Beschleunigung von Krebserkrankungen eingreifen“*, berichtete auch Prof. Dr. Eberhard Greiser, der den Einfluss von Feinstaub und nächtlichen Fluglärms in Wohngebieten auf die Verordnung von Krebs-Arzneimitteln erforscht aber noch nicht abgeschlossen hat.

Die Organisatoren der Fachtagung zeigten sich zufrieden mit der großen Besucherresonanz: Die SPD-Abgeordneten Jens Dennhardt, Renate Möbius und Winfried Brumma (v.l.n.r.)

„Das Thema brennt auf den Nägeln“, erklärte Winfried Brumma, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD, gleich zu Beginn der Veranstaltung, deren hohe Besucheranzahl diesen Eindruck unterstrich. *„Die Problematik Lärm steht auf der Tagesordnung der bremischen Politik“*, versicherte der umwelt- und energiepolitische Sprecher Jens Dennhardt den Anwesenden. Die Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiräte, Renate Möbius, ergänzt: „Das selbstbewusste und solidarische Eintreten der Bürgerinnen und Bürger für den Lärmschutz in ihren Stadtteilen zeigt deutlich den Arbeitsauftrag an uns.“ Noch im November ist eine zweite Veranstaltung geplant, in deren Rahmen sich die Fraktion mit den technischen und politischen Möglichkeiten zur Lärmreduzierung beschäftigen wird.

Grafik: Cellini / S. Skiba

Susanne Kröhl

Susanne Kröhl folgt auf Willi Lemke

Ende September hat Willi Lemke sein Bürgerschaftsmandat niedergelegt, um sich voll auf seine Arbeit als UN-Sonderbeauftragter zu konzentrieren. Statt seiner nahm nun erneut Susanne Kröhl im Parlament Platz. Sie war bereits vom Januar bis zum April 2008 Abgeordnete der SPD. Susanne Kröhl ist Mitglied der Innendeputation und arbeitet im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, dem Landeshafenausschuss sowie im Rechtsausschuss mit.

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

09.12. *Stadtbürgerschaft*
14.00-19.00 Uhr

10.12. *Bürgerschaft*
Landtag
9.00-19.00 Uhr

11.12. *Bürgerschaft*
Landtag
9.00-19.00 Uhr

“Fraktion vor Ort“
mit Dr. Carsten Sieling

Bürgersprechstunde auf Bremer Wochenmärkten

14. November
Lesum,
Hindenburgstraße
9.30 Uhr

Marßel,
Stockholmer Straße
11.00 Uhr

20. November
Osterholz
10.00 Uhr

21. November
Schwachwachhausen
H. H. Meier- Allee
9.30 Uhr

Ziegenmarkt / Steintor
11.00 Uhr

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax: 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städler

Redaktion
Knut Köstergarten
André Nonnenkamp

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG